DIW Wochenbericht
38+39 2025

AUF EINEN BLICK

Narrative zur Verteilungswirkung von Klimapolitik können Populismus stärken

Von Matilda Gettins und Lorenz Meister

- Populistische Parteien nutzen gezielt Narrative über Verteilungswirkungen von klimapolitischen Maßnahmen
- In einem Umfrageexperiment wird untersucht, wie sich Narrative zur Klimapolitik auf populistische Einstellungen auswirken
- Klimapopulismus wird in rechten Wählermileus durch Narrative über die Belastung ärmerer Haushalte und die Schwächung der Wirtschaft verstärkt
- Das Narrativ, dass Unternehmen unzureichend Verantwortung übernehmen, wirkt dagegen stärker in linken Wählermilieus
- Eine gerechte, nachvollziehbar kommunizierte Klimapolitik ist der wirksamste Schutz vor populistischer Instrumentalisierung

Ergebnisse eines Umfrageexperiments: unterschiedliche Narrative zu Verteilungswirkungen von Klimapolitik haben messbaren Einfluss auf populistische Einstellungen in verschiedenen Bevölkerungsgruppen

Quelle: Eigene Darstellung.

Anmerkung: In einem Umfrageexperiment mit rund 1 600 Teilnehmer*innen bekamen die Befragten zufällig eines der Narrative zu lesen. Anschließend wurden ihre politischen Einstellungen abgefragt.

© DIW Berlin 2025

ZITAT

„Populistische Parteien instrumentalisieren gezielt Narrative über soziale Ungerechtigkeit, um Klimapolitik als Projekt der Eliten darzustellen, das auf Kosten der einfachen Menschen geht."

— Lorenz Meister —

MEDIATHEK

Audio-Interview mit Lorenz Meister
www.diw.de/mediathek

Narrative zur Verteilungswirkung von Klimapolitik können Populismus stärken

Von Matilda Gettins und Lorenz Meister

ABSTRACT

Populistische Parteien nutzen Narrative über soziale Ungerechtigkeit, um Klimapolitik als von Eliten getrieben und unsozial darzustellen. Wie sich drei verbreitete Narrative über die mit klimapolitischen Maßnahmen verbundenen Kosten auf populistische und klimapopulistische Einstellungen auswirken, wird anhand eines Umfrageexperiments mit rund 1600 Personen untersucht. Die Ergebnisse zeigen, dass insbesondere das Narrativ, wonach einkommensschwache Haushalte überproportional belastet werden, klimapopulistische Haltungen verstärkt und die Zufriedenheit mit Demokratie senkt. Dies gilt vor allem unter Frauen und in einkommensschwachen, ostdeutschen und konservativen Wähler*innengruppen. Das Narrativ, wonach Unternehmen keine Verantwortung übernehmen, verstärkt vor allem unter Männern und in ostdeutschen und linken Wähler*innengruppen klimapopulistische Einstellungen. Das Narrativ, wonach Klimapolitik die deutsche Volkswirtschaft belastet, wirkt vor allem in der rechten Wählerschaft. Narrative entfalten sich damit im Kontext individueller Lebenslagen und politischer Vorerfahrungen. Eine sozial ausgewogene und transparent kommunizierte Klimapolitik kann die gesellschaftliche Akzeptanz für Klimapolitik stärken und klimapopulistischer Vereinnahmung entgegenwirken.

Derzeit verursachen Ernährung, Wohnen und Mobilität in Deutschland pro Kopf rund 6,5 Tonnen CO_2-Emissionen – doppelt so viel wie mit dem Zwei-Grad-Ziel vereinbar wäre.[1] Zwar stehen technologische Lösungen und klimapolitische Instrumente zur CO_2-Reduktion grundsätzlich zur Verfügung, doch ihre Umsetzung scheitert häufig am mangelnden politischen Rückhalt. Eine zentrale Ursache dafür sind die kurz- und mittelfristigen Kosten, die mit klimapolitischen Maßnahmen einhergehen und deren gesellschaftliche Akzeptanz senken.[2]

Hierfür entscheidend ist, wie diese Kosten verteilt werden.[3] Zum einen unterscheiden sich die Verursacher erheblich: So stoßen einkommensstarke Haushalte etwa doppelt so viel CO_2 aus wie einkommensschwache – unter anderem aufgrund größerer Wohnflächen und häufiger Flugreisen.[4] Zum anderen wirken sich Maßnahmen je nach Lebensumfeld unterschiedlich aus: Steigende Benzinkosten in Folge einer CO_2-Bepreisung belasten Menschen im ländlichen Raum besonders stark, da sie im Alltag oft auf das Auto angewiesen sind. In der Stadt hingegen existieren häufig gut ausgebaute öffentliche Verkehrsnetze, die klimafreundliche Alternativen bieten.

Die Wahrnehmung solcher Verteilungsfragen im Kontext der Eindämmung des Klimawandels kann gesellschaftliche Spannungen erzeugen. Sie wird zum einen durch die tatsächliche Wirkung von Klimapolitik geprägt, kann zum anderen aber auch durch politische Narrative instrumentalisiert werden. Populistische Parteien gewinnen weltweit an Zuspruch (Abbildung 1).[5] Sie gewinnen Zustimmung, indem sie sich einer wissenschaftsskeptischen Rhetorik bedienen

1 Stand 2023. Vgl. Sandra Bohmann und Merve Kücük (2024): Einkommensstarke Haushalte verursachen mehr Treibhausgasemissionen – vor allem wegen ihres Mobilitätsverhaltens. DIW Wochenbericht Nr. 27, 421–429 (online verfügbar, abgerufen am 29. August 2025. Dies gilt für alle Onlinequellen, sofern nicht anders vermerkt).

2 Era Dabla-Norris et al. (2024): Does information change public support for climate mitigation policies? Climate Policy, 24(10), 1474–1487 (online verfügbar).

3 Sandra Bohmann et al. (2025): Mehr Klarheit schaffen: Klimageld als sozialer Ausgleich bei höheren CO_2-Preisen. DIW Wochenbericht Nr. 6, 76–82 (online verfügbar).

4 Bohmann und Kücük (2024), a. a. O.

5 Siehe Kasten 1 zur Definition von Populismus.

DOI: https://doi.org/10.18723/diw_wb:2025-38-1

Korrigierte Version: Abbildung 1 (in der Bildunterschrift wurde „in Deutschland" durch „weltweit" ersetzt.)

und Klimaschutz als eigennütziges Projekt der Eliten darstellen.[6] Werden politische Mandate an populistische Parteien vergeben, hat das erhebliche Konsequenzen für die globale Klimapolitik, wie zuletzt etwa klimaschädliche Entscheidungen nach der Europawahl[7] und der Wiederwahl Donald Trumps[8] gezeigt haben. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie Narrative über die Kostenverteilung von Klimapolitik auf populistische Einstellungen wirken. Dieser Wochenbericht untersucht daher anhand von zwei Befragungen, welche Bedeutung drei besonders verbreitete Narrative – ungeachtet ihres Wahrheitsgehaltes – für populistische Einstellungen im Allgemeinen und klimapopulistische Haltungen im Besonderen haben.[9]

Klimapolitische Narrative werden von Populist*innen instrumentalisiert

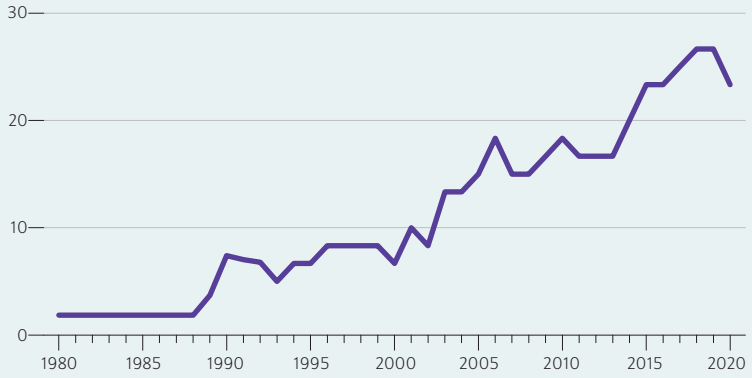
Politische Debatten stützen sich nicht ausschließlich auf Fakten, sondern auch auf Narrative, also Deutungsmuster oder Geschichten, die komplexe Zusammenhänge vereinfachen und verständlich machen. Gerade Populist*innen greifen häufig auf solche Narrative zurück, um ihre Argumente zuzuspitzen und gesellschaftliche Konflikte hervorzuheben.[10]

Im deutschen Diskurs über den Klimawandel sind vor allem Narrative über negative ökonomische Folgen von klimapolitischen Maßnahmen weit verbreitet.[11] Häufig stammen diese aus dem rechten politischen Spektrum, etwa das Narrativ, Klimaschutz gefährde den Wirtschaftsstandort Deutschland. Doch auch im linken Spektrum finden sich vergleichbare Narrative, etwa die Kritik, große Unternehmen entzögen sich ihrer Verantwortung oder wälzten die Kosten des Klimaschutzes auf Verbraucher*innen ab.

Solche Narrative können die Unterstützung für Klimapolitik schwächen, etwa indem sie das Vertrauen in die Fairness und Wirksamkeit politischer Maßnahmen untergraben. Darüber hinaus können sie auch das individuelle Konsumverhalten beeinflussen und klimafreundliche Entscheidungen unattraktiver erscheinen lassen

Abbildung 1

Anteil populistischer Regierungen unter den weltweit größten 60 Volkswirtschaften
In Prozent



Anmerkungen: Eine Regierung wird als populistisch eingestuft, wenn deren Rhetorik alle drei populistischen Merkmale erfüllt: Antielitismus, Antipluralismus und die Forderung nach Volkssourveränität. Zu den 60 größten Volkswirtschaften gehören die Mitgliedsländer der EU und der OECD sowie weitere 19 Länder aus Südamerika, Asien und Afrika. Zusammen produzieren sie über 95 Prozent des weltweiten Bruttoinlandprodukts.

Quelle: Darstellung basierend auf Manuel Funke, Moritz Schularick und Christoph Trebesch (2023): Populist Leaders and the Economy. American Economic Review, 113 (12), 3249–3288 (online verfügbar).

© DIW Berlin 2025

Über einen langen Zeitraum ist die Anzahl populistischer Regierungen weltweit stark gestiegen.

Populismus geht einher mit Klimaskepsis

Die Sorge um den Klimawandel ist eng mit der politischen Präferenz für eine Partei verknüpft (Abbildung 2). Zunächst fällt auf, dass sich die zeitlichen Verläufe über Parteipräferenzen hinweg ähneln: Bis etwa 2014 stagnierte das Sorgeniveau weitgehend, ehe es während verstärkter medialer Aufmerksamkeit – etwa durch Berichte des Weltklimarats (IPCC) und die Proteste von Fridays for Future – deutlich stieg. Zeitweise kam es jedoch zu Rückgängen, insbesondere im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie (2020) und dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine (ab 2022), die beide das Thema Klimaschutz vorübergehend aus dem öffentlichen Diskurs verdrängten.

Trotz ähnlicher Trendverläufe bestehen klare Niveauunterschiede: Wähler*innen der Grünen äußern über den gesamten Zeitraum hinweg mit Abstand die größte Klimasorge, gefolgt von den Anhänger*innen der Linken und der SPD. Im mittleren Bereich liegt die Wählerschaft der Union. Deutlich geringer fällt das Sorgeniveau bei FDP-Wähler*innen aus. Am geringsten besorgt zeigen sich jedoch konstant die Anhänger*innen der AfD, der in Deutschland größten rechtspopulistischen Partei.

Die Ergebnisse legen nahe, dass die klimapolitischen Einstellungen der Wähler*innen grob mit den jeweiligen

6 Robert Huber et al. (2021): From populism to climate scepticism: The role of institutional trust and attitudes towards science. Environmental Politics, Vol. 31, 1115–1138 (online verfügbar); Bernd Sommer et al. (2023): Rechtspopulismus vs. Klimaschutz? Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 10885 (online verfügbar).

7 Claudia Kemfert (2024): Ausgang der EU-Wahl ist klimapolitisches Desaster: Kommentar. DIW Wochenbericht Nr. 29, 467 (online verfügbar).

8 Claudia Kemfert (2024): Trump Wahl – Desaster für die internationale Klimapolitik: Kommentar. DIW Wochenbericht Nr. 46, 728 (online verfügbar).

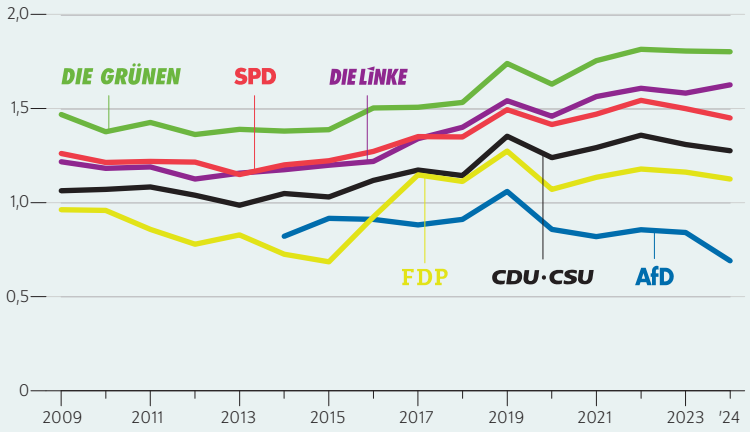
9 Eine vertiefende Darstellung findet sich in Matilda Gettins und Lorenz Meister (2025): Who pays for climate policy? Distributional narratives and populist backlash. DIW Discussion Paper Nr. 2139 (online verfügbar)

10 Dieter Dekeyser and Henk Roose (2023): What makes populist messages persuasive? Experimental evidence for how emotions and issue characteristics moderate populist framing effects. Communication Research 50(6), 773–797 (online verfügbar). Johan Nordensvard and Markus Ketola (2022): Populism as an act of storytelling: Analyzing the climate change narratives of Donald Trump and Greta Thunberg as populist truth-tellers. Environmental Politics 31(5), 861–882 (online verfügbar).

11 Georg Sturm (2020): Populismus Klimaschutz. Der AfD-Klimadiskurs. Soziologiemagazin 13(2), 69–82 (online verfügbar). Anne Küppers (2024): 'Climate-Soviets,' 'Alarmism,' and 'Eco-Dictatorship': The Framing of Climate Change Scepticism by the Populist Radical Right Alternative for Germany. German Politics, Vol. 33(1), 1–21 (online verfügbar). Bernd Sommer et al. (2023): Rechtspopulismus vs. Klimaschutz? Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 10885 (online verfügbar).

Abbildung 2

Klimasorgen nach Parteineigung
Durchschnittliches Niveau[1]



1 Durchschnittliches Niveau der Besorgnis berechnet anhand der Antwortkategorien: große Sorgen (3), einige Sorgen (2), keine Sorgen (1).

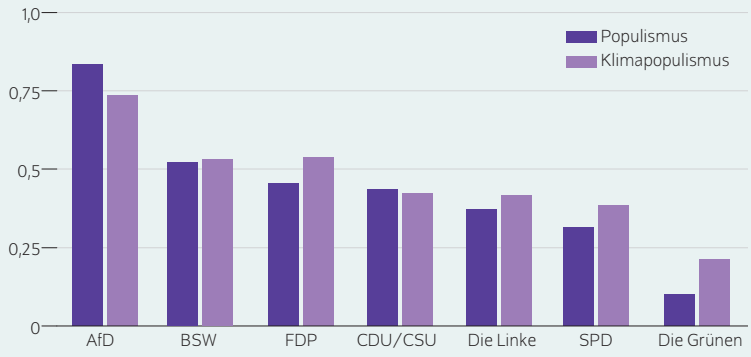
Quellen: Sozio-oekonomisches Panel (SOEPv40, SOEPv41); eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

Die Klimasorgen sind abgesehen von der Wähler*innenschaft der AfD unter allen Parteianhänger*innen gestiegen.

Abbildung 3

Populismus und Klimapopulismus nach Parteipräferenz, Stand Juni 2025
Normalisierte Standardabweichung



Anmerkungen: Einstellungen gegenüber Populismus (lila) und Klimapopulismus (blass lila) nach Parteianhänger*innen. Messwerte auf Standardabweichung von Eins normalisiert. N= 1343.

Quelle: Eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

Populismus und Klimapopulismus sind am stärksten unter der Wählerschaft der AfD und des BSW verbreitet.

Parteiprogrammen übereinstimmen. Bemerkenswert ist zudem, dass Klimasorgen bei der AfD-Anhängerschaft als einzige Gruppe in den Jahren von 2020 bis 2023 rückläufig waren, was auf eine zunehmende politische Polarisierung in der Klimadebatte hinweist.

Ein möglicher Erklärungsansatz liegt in der gezielten Kommunikation populistischer Narrative. Im Umfeld der AfD sind Erzählungen der negativen ökonomischen Folgen von Klimapolitik besonders präsent, unter anderem in parteinahen Publikationen,[12] Pressemitteilungen[13] oder Äußerungen von Unterstützer*innen.[14]

Abseits des AfD-Lagers bestehen in der Bevölkerung nuanciertere Wahrnehmungen von Zielkonflikten – etwa im Spannungsdreieck von Klimaschutz, wirtschaftlichem Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit. In gemäßigten Wähler*innengruppen, die Klimaschutz grundsätzlich befürworten, werden klimapolitische Maßnahmen daher häufig gegen sozialpolitische und andere Maßnahmen abgewogen.[15]

Ein umgekehrtes Bild ergibt sich, wenn populistische und klimapopulistische Einstellungen nach Parteipräferenz betrachtet werden (Abbildung 3). Hier zeigt sich, dass die AfD und das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) relevante populistische Kräfte in Deutschland sind. Ihnen folgen Wähler*innen der FDP und der Unionsparteien mit mittleren Werten. Die geringsten Ausprägungen finden sich bei den Wähler*innen von SPD, Linken und besonders den Grünen.

Auffällig ist dabei die spiegelbildliche Struktur zur vorherigen Analyse der Klimasorgen: Parteien mit hoher Klimabesorgnis (insbesondere die Grünen) weisen tendenziell niedrige populistische Einstellungsmuster auf, während die Gruppen mit der geringsten Klimasorge (AfD, BSW) die höchsten Populismuswerte zeigen. Dies deutet auf einen grundlegenden Zusammenhang zwischen Klimaskepsis und populistischer Grundhaltung hin.

Populismus wirkt damit als zentraler Erklärungsfaktor für klimapolitische Polarisierung und gesellschaftliche Widerstände gegenüber der sozial-ökologischen Transformation in Deutschland.

Befragungsergebnisse zeigen: Verteilung wird als Kernproblem von Klimapolitik wahrgenommen

Der Frage, warum Klimapolitik von vielen Menschen als ungerecht empfunden wird, wurde in einer Online-Erhebung mit rund 1600 Teilnehmenden nachgegangen. Die Befragten konnten in offenen Textfeldern frei formulieren,

12 Küppers (2024), a. a. O.

13 Sturm (2020), a. a. O.

14 Caroline Werkmann und Hans-Jürgen Frieß (2024): Enttäuschung, Frust Und Resignation. Monitor Wahl und Sozialforschung der Konrad Adenauer Stiftung, Juni 2024 (online verfügbar).

15 Sara Holzmann und Ingo Wolf (2023): Klimapolitik und soziale Gerechtigkeit: Wie die deutsche Bevölkerung Zielkonflikte in der Transformation wahrnimmt. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Gütersloh (online verfügbar).

was sie persönlich an Klimapolitik als besonders ungerecht empfinden – ein bewährtes Verfahren, um unverzerrte Einstellungen abseits vorgegebener Antwortoptionen zu erfassen.

Die meistgenannten Begriffe sind „Menschen“, „Kosten“ und „Klimapolitik“. Doch auch zahlreiche weitere Schlagworte deuten auf verteilungspolitische Konfliktlinien hin. Hierzu gehören „Reiche“, „Einkommen“, „Steuern“, „Volk“, „Verantwortung“, „Ärmere“ oder „Wohlhabende“. Die Ergebnisse legen nahe, dass viele Menschen Klimapolitik nicht nur als ökologisches, sondern zunehmend als soziales Spannungsfeld empfinden. Häufig dominiert das Gefühl, sozial benachteiligt oder ungleich belastet zu werden.

Eine vertiefende Analyse der im Freitext angegebenen Aussagen zeigt, dass sich die Narrative über Ungerechtigkeit im Wesentlichen drei Kostenverteilungsmustern zuordnen lassen: (i) zwischen Menschen mit hohen und niedrigen Einkommen, (ii) zwischen Unternehmen und Privatpersonen und (iii) zwischen Ländern. Diese drei Muster verdeutlichen, dass die gesellschaftliche Debatte über Klimapolitik stark durch Verteilungsfragen geprägt ist.

Bestimmte Narrative können Klimapopulismus fördern

Um zu untersuchen, wie sich die Narrative auf politische Einstellungen auswirken, wurde ein Umfrageexperiment gewählt. Hierzu wurden die drei am häufigsten genannten Narrative aus der vorhergehenden Befragung mit leichter redaktioneller Anpassung systematisch getestet. Ergänzend wurde ein verteilungsneutrales Referenznarrativ verwendet:

- **Neutrales Narrativ**: *„Klimapolitik ist wichtig, um die Erderwärmung einzugrenzen. Die Politik müsste entschlossener handeln.“*
- **Einkommensnarrativ**: *„Ich finde es ungerecht, dass Klimaschutz für die Politik bedeutet, Dinge über zusätzliche Steuern und Abgaben zu verteuern. So wird insbesondere kleinen und mittleren Verdienern das Leben immer schwieriger gemacht.“*
- **Unternehmensnarrativ**: *„Ich finde es unfair, dass oft die einfachen Leute zahlen müssen, während große Unternehmen kaum Verantwortung übernehmen.“*
- **Wirtschaftsnarrativ**: *„Klimapolitik belastet die deutsche Volkswirtschaft, wobei andere Länder, wie zum Beispiel China, keine Verantwortung übernehmen.“*

Für das Experiment wurden die Befragten nach Geschlecht und Bildungsgrad eingeteilt und anschließend per Zufallsverfahren einer von vier Gruppen zugeordnet (drei Behandlungsgruppen und einer Kontrollgruppe) (Tabelle 1, Kasten 2). Teilnehmenden der Kontrollgruppe wurde das neutrale Narrativ vorgelegt, während die Mitglieder der Behandlungsgruppen jeweils das Einkommensnarrativ, das Unternehmensnarrativ oder das Wirtschaftsnarrativ erhielten. Im Anschluss wurden Einstellungen zu allgemeinem Populismus, spezifischem Klimapopulismus und Demokratiezufriedenheit erhoben.

Tabelle 1

Demografische Charakteristika der Stichproben
Mittelwert (Alter), in Prozent (Geschlecht, Haushalteinkommen, Bildung)

	Kontrolle	Einkommens-narrativ	Unternehmens-narrativ	Wirtschaftsnarrativ
Alter	52,4	52,1	51,3	50,2
Geschlecht				
Männlich	48,6	52,2	51,8	53,3
Weiblich	51,4	47,0	47,7	46,7
nicht-binär/n. A.	0	0,7	0,6	0
Haushaltseinkommen				
0 bis 1 999 Euro	24,4	25,5	26,4	25,6
2 000 bis 2 999 Euro	24,9	26,2	26,6	25,4
3 000 bis 4 999 Euro	37,8	40,1	31,7	36,2
5 000 Euro und mehr	12,9	8,2	15,3	12,8
Bildung				
Primär	5,0	4,9	4,5	4,7
Sekundär	75,9	75,6	76,4	76,2
Bachelor	9,2	9,6	9,8	9,3
Master	8,9	9,1	8,8	8,8
PhD	1,0	0,7	0,5	1,0
Beobachtungen N = 1 614	25,0	25,2	24,7	25,2

Quelle: Eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

Tabelle 2

Regressionsergebnisse des Umfrageexperiments
Regressionskoeffizienten

Variablen	Populismus	Klimapopulismus	Demokratie-Zufriedenheit
Einkommensnarrativ	0,024	0,277***	−0,144**
	(0,070)	(0,070)	(0,069)
Unternehmensnarrativ	0,072	0,270***	−0,049
	(0,070)	(0,070)	(0,070)
Wirtschaftsnarrativ	0,084	0,138**	−0,005
	(0,069)	(0,070)	(0,069)
Kontrollen nach individuellen Merkmalen	Ja	Ja	Ja
Konstante	0,085	0,222	−0,488***
	(0,160)	(0,161)	(0,160)
Anzahl Beobachtungen	1 600	1 599	1 602

Anmerkungen: Multivariates Regressionsmodell. Standardfehler in Klammern. Berücksichtigt wurden als Kontrollvariablen Alter, Geschlecht, Bildung und Einkommensgruppe. Sternchen geben Konfidenzintervalle an. Je mehr Sternchen, desto genauer: *** entspricht einem Konfidenzintervall von 99 Prozent, ** von 95 Prozent und * von 90 Prozent.

Lesebeispiel: Das Einkommensnarrativ steigert klimapopulistische Einstellungen um 27,7 Prozent einer Standardabweichung (Zeile 1, Spalte 2).

Quelle: Eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

Kasten 1

Was ist Populismus?

Populismus im Allgemeinen bezeichnet eine politische Denkweise, die die Gesellschaft in zwei gegensätzliche Gruppen einteilt: „das einfache Volk" auf der einen Seite und „die korrupte Elite" auf der anderen. Populistische Akteur*innen fordern, dass die Politik ausschließlich den „Willen des Volkes" widerspiegeln solle. In der Forschung wird Populismus oft nicht direkt über Parteipräferenzen, sondern über Einstellungen gemessen.[1] Ein gängiger Ansatz basiert auf zwölf Aussagen, die Zustimmung zu drei Kernelementen des Populismus erfassen:[2]

- Anti-Elitismus (Kritik an den Mächtigen),
- Anti-Pluralismus (Ablehnung vielfältiger Meinungen),
- Volkssouveränität (Forderung nach direkter Volksentscheidung).

Befragte bewerten diese Aussagen auf einer Skala von 0 bis 10. Aus den Antworten wird ein Gesamtwert (Hauptkomponentenwert) für populistische Einstellungen berechnet und anschließend auf eine Skala in Standardabweichungen normiert. Das Verfahren ermöglicht es, Populismus unabhängig von Parteibindung oder Wahlverhalten zu erfassen, und ohne den Begriff „Populismus" explizit zu verwenden, um Verzerrungen zu vermeiden.

Klimapopulismus und Demokratiezufriedenheit

Klimapopulismus im Speziellen bezeichnet in dieser Studie den Grad der Zustimmung zu folgender Aussage auf einer Skala von 0 bis 10:

„Klimapolitik ist größtenteils ein Projekt der Eliten, welches das einfache Volk nicht berücksichtigt".

Ein weiteres Maß, das in der Studie begleitend verwendet wurde, ist Demokratiezufriedenheit. Sie wird auf einer Likert-Skala von 0 bis 10 abgefragt:

„Wie zufrieden sind Sie mit der Demokratie, wie sie in Deutschland existiert? Bitte antworten Sie auf einer Skala von 0 bis 10, wobei 0 "gar nicht zufrieden" und 10 "sehr zufrieden" bedeutet."

1 Cas Mudde (2004): The populist zeitgeist. Government and Opposition, 39(4), 541–563 (online verfügbar).

2 Agnes Akkerman et al. (2014): How populist are the people? Measuring populist attitudes in voters. Comparative Political Studies, 47(9), 1324–1353 (online verfügbar). Anne Schulz et al. (2018): Measuring populist attitudes on three dimensions. International Journal of Public Opinion Research, 30(2), 316–326 (online verfügbar).

Durch die randomisierte Zuweisung lassen sich Unterschiede zwischen den Gruppen kausal interpretieren. Die Ergebnisse geben somit Aufschluss darüber, wie bestimmte Narrative im Kontext von Klimapolitik politische Einstellungen beeinflussen können. Es zeigt sich, dass Narrative zur sozialen und wirtschaftlichen Verteilungswirkung von Klimapolitik einen messbaren Einfluss auf politische Einstellungen haben, insbesondere im Bereich des Klimapopulismus (Tabelle 2).[16]

Teilnehmende, die das Einkommensnarrativ erhielten, zeigen eine signifikant höhere Zustimmung zu klimapopulistischen Positionen (+28 Prozent einer Standardabweichung). Gleichzeitig sinkt in dieser Gruppe die Demokratiezufriedenheit spürbar (–14 Prozent einer Standardabweichung). Das allgemeine Populismusmaß bleibt hingegen unbeeinflusst.

Auch das Unternehmensnarrativ erhöht die Zustimmung zu Klimapopulismus deutlich (+27 Prozent einer Standardabweichung,), ohne Auswirkungen auf Demokratiezufriedenheit oder allgemeine Populismusneigung.

Das Wirtschaftsnarrativ führt ebenfalls zu einem Anstieg klimapopulistischer Einstellungen (+14 Prozent einer Standardabweichung), allerdings in deutlich geringerem Ausmaß. Auch hier zeigen sich keine signifikanten Effekte auf Demokratiezufriedenheit oder allgemeine Populismuswerte.

Diese Ergebnisse legen nahe: Narrative, die soziale Ungleichheit oder wirtschaftliche Ungerechtigkeit durch Klimapolitik betonen, verstärken gezielt klimapopulistische Haltungen. Im Fall des Einkommensnarrativs steigern sie sogar das Misstrauen in demokratische Institutionen.

Wirkung der Narrative variiert je nach sozialer und politischer Verortung

Die Effekte der Narrative sind nicht in allen Bevölkerungsgruppen gleich stark ausgeprägt (Abbildung 4).

- **Einkommen:** Das Einkommensnarrativ wirkt besonders stark bei Haushalten mit Nettoeinkommen unter 2 000 Euro; in höheren Einkommensgruppen bleibt der Effekt deutlich schwächer.
- **Bildungsgrad:** Personen mit niedriger Bildung zeigen insgesamt eine stärkere Reaktion auf alle Narrative. Aufgrund der geringen Fallzahl in dieser Gruppe sind die Effekte jedoch nicht statistisch signifikant.
- **Region:** In Ostdeutschland wirken alle drei Narrative konsistenter und stärker als in Westdeutschland – unabhängig vom thematischen Fokus.
- **Wahlverhalten:** Wähler*innen rechter Parteien reagieren stärker auf das Wirtschaftsnarrativ und das Einkommensnarrativ, während die linke Wählerschaft stärker auf das Unternehmensnarrativ reagiert.

16 Klimapopulismus wird gemessen als Grad der Zustimmung zur Aussage: „Klimapolitik ist größtenteils ein Projekt der Eliten, welches das einfache Volk nicht berücksichtigt". Für weitere Details siehe Kasten 1.

- **Geschlecht:** Frauen reagieren stärker auf das Einkommensnarrativ; Männer zeigen sensitivere Reaktionen auf das Unternehmens- und Wirtschaftsnarrativ.

Die Unterschiede zeigen, dass sich Narrative im Kontext individueller Lebenslagen und politischer Vorerfahrungen entfalten. Für eine wirksame politische Kommunikation bedeutet dies, dass eine gerechte Kostenverteilung klimapolitischer Maßnahmen nicht nur real gestaltet, sondern auch glaubwürdig und zielgerichtet vermittelt werden muss.

Fazit: Eine Klimapolitik mit sozialpolitischer Verankerung wirkt polarisierenden Narrativen entgegen

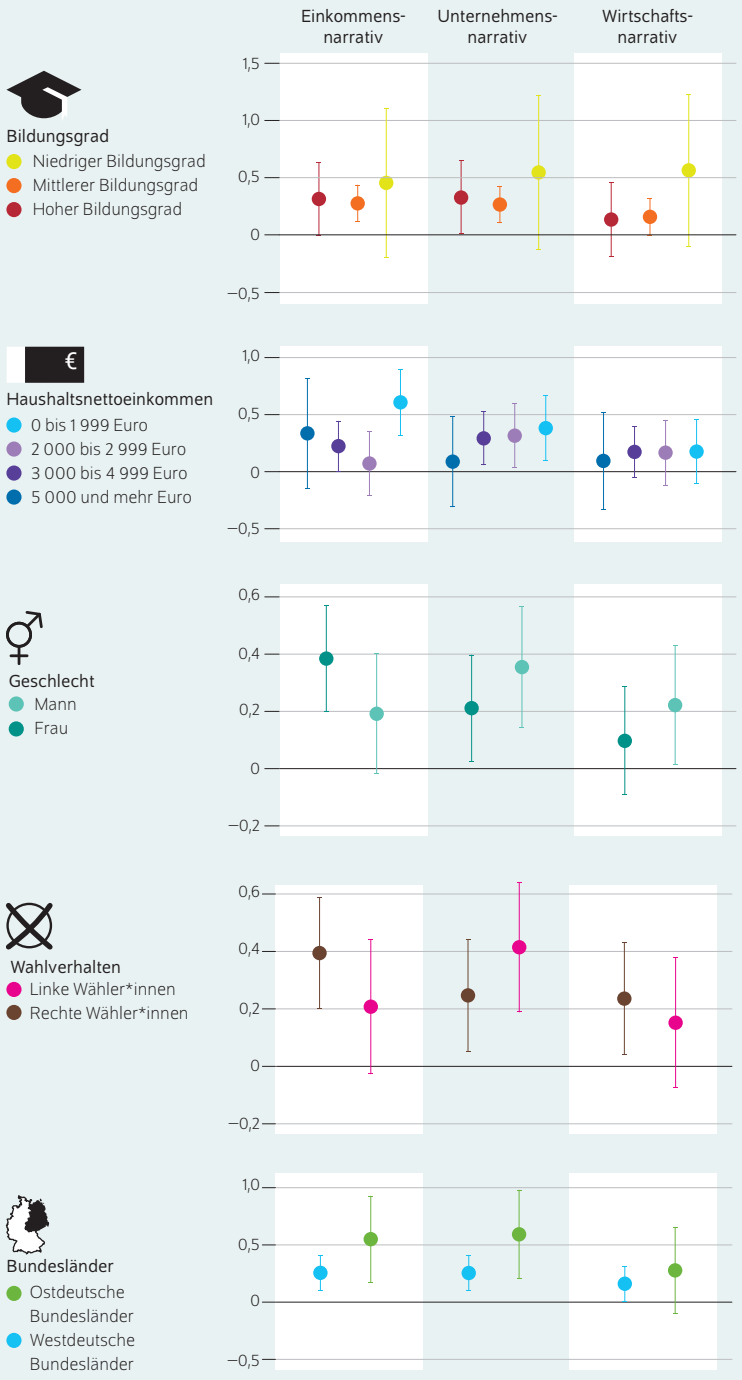
Narrative, die soziale oder wirtschaftliche Ungleichheit im Kontext von Klimapolitik betonen, können klimapopulistische Einstellungen verstärken, insbesondere wenn die Belastung von niedrigen und mittleren Einkommen im Vordergrund steht. In diesem Fall sinkt zudem die Zufriedenheit mit der Demokratie.

Gleichzeitig gilt, dass für den gesellschaftlichen Rückhalt nicht allein Narrative entscheidend sind, sondern vor allem die konkrete Ausgestaltung klimapolitischer Maßnahmen. Wird Klimapolitik als gerecht wahrgenommen – etwa durch sozial ausgewogene Ausgleichsmechanismen oder Instrumente wie das Klimageld – verlieren auch polarisierende Narrative an Bedeutung.

Klimapolitik erfordert daher nicht nur technologische und marktwirtschaftliche Steuerung, sondern auch eine sozialpolitische Verankerung sowie eine politische Kommunikation, die Verteilungskonflikte nicht umgeht, sondern aktiv adressiert.

Abbildung 4

Klimapopulismus, Effektgrößen nach demografischen Gruppen
Regressionskoeffizienten



Anmerkungen: 95-Prozent-Konfidenzbänder, in Standardabweichungen. Berücksichtigt wurden als Kontrollvariablen Alter, Geschlecht, Bildungsgrad und Einkommen. Effektgrößen in Standardabweichungen. Angaben für nicht binäres Geschlecht aufgrund einer kleinen Stichprobe nicht dargestellt. Linke Wähler*innen umfassen SPD, die Linke, Grüne/B90, BSW. Rechte Wähler*innen umfassen CDU/CSU, FDP, AFD. Berlin ist weder den ost- noch den westdeutschen Bundesländern zugeordnet.

Quelle: Eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

Alle Narrative sind in Ostdeutschland stärker ausgeprägt als in Westdeutschland.

Kasten 2

Datengrundlage und Methoden

Die Auswertungen basieren auf zwei Onlinebefragungen, die im Mai 2024 sowie im Mai/Juni 2025 über das Umfragetool Qualtrics durchgeführt wurden. Die Umfragen sind repräsentativ für die Bevölkerung in Deutschland nach Alter, Geschlecht, Bildungsgrad, Einkommensgruppe und Bundesland. Das Panel wurde über den Anbieter Bilendi zur Verfügung gestellt. Die Studien wurden unter dem IRB-Zertifikat GfeW Nr. p3164FAi genehmigt und vorab bei AsPredicted (#230333) präregistriert.

In der ersten Erhebungswelle (Mai 2024) wurden nach Anwendung strenger Qualitätskriterien – darunter Aufmerksamkeitstests, Bot-Erkennung, Ausschluss mehrfacher IP-Adressen sowie sehr kurzer Antwortzeiten (unter drei Minuten für die gesamte Befragung) – 1498 gültige Antworten berücksichtigt. In der zweiten Welle (Mai/Juni 2025), die zusätzlich ein Umfrageexperiment enthielt, wurden 1614 gültige Antworten ausgewertet. Die durchschnittliche Bearbeitungszeit lag bei etwa acht Minuten. Die Teilnahme war über PC, Tablet und Smartphone möglich.

Erhoben wurden soziodemografische Merkmale, Wahlverhalten und Parteipräferenzen sowie politische Einstellungen, insbesondere zu Klimapolitik und nachhaltigem Konsum. Im Umfrageexperiment der zweiten Welle wurden die Teilnehmer*innen zufällig, aber stratifiziert nach Geschlecht und Bildungsniveau den experimentellen Bedingungen zugewiesen.

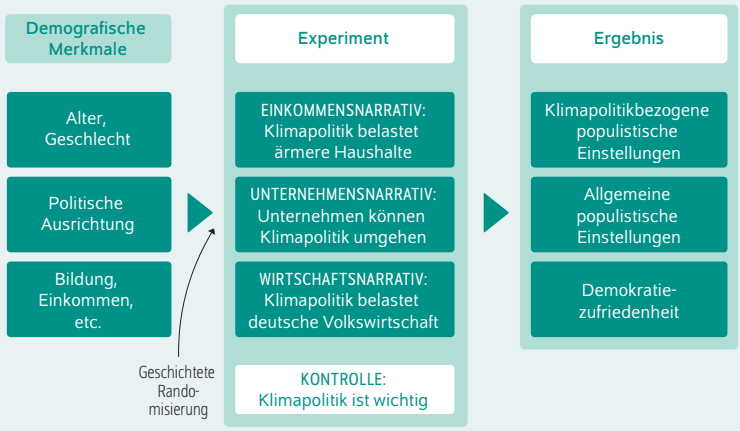
Das Umfrageexperiment

Um zu untersuchen, welchen Effekt verschiedene Narrative zur Kostenverteilung von Klimapolitik auf (klima-)populistische Einstellungen und Demokratiezufriedenheit hat, werden Befragte im Rahmen eines Umfrageexperiments[1] zufällig verschiedenen Behandlungsgruppen zugeteilt (Abbildung). Befragte in der Kontrollgruppe erhalten ein neutrales Narrativ, die Befragten der anderen drei Behandlungsgruppen erhalten jeweils das Einkommensnarrativ, das Wirtschaftsnarrativ oder das Unternehmensnarrativ.

Anschließend werden Einstellungen zu Populismus und Klimapopulismus sowie Demokratiezufriedenheit abgefragt. Dadurch, dass die Befragten zufällig den Behandlungsgruppen zugeteilt wurden, lassen sich Unterschiede in politischen Einstellungen zwischen den Gruppen als kausaler Effekt der Narrative ablesen.

Abbildung

Design und Methodik des Umfragexperiments



Quelle: Eigene Darstellung.

© DIW Berlin 2025

1 Ingar Haaland, Christopher Roth und Johannes Wohlfahrt (2023): Designing Information Provision Experiments. Journal of Economic Literature, 61(1), 340 (online verfügbar).

Matilda Gettins ist Leiterin Funding & Klimafinanzierung in der Geschäftsstelle von FiscalFuture e.V. Berlin | matilda.gettins@fiscalfuture.de

Lorenz Meister ist Doktorand im Geschäftsbereich der forschungsbasierten Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) im DIW Berlin | lmeister@diw.de

JEL: P18, I38, H41

Keywords: populism, climate policy, distribution

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 38+39/2025:

www.diw.de/diw_weekly

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58, 10117 Berlin
www.diw.de
Telefon: +49 30 897 89–0 E-Mail: kundenservice@diw.de
92. Jahrgang 24. September 2025

Herausgeber*innen
Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion
Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann; Kristina van Deuverden

Lektorat
Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Till Köveker

Redaktion
Rebecca Buhner; Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer; Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

Gestaltung
Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv
© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz
Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter **www.diw.de/wochenbericht** abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter **www.diw.de/wb-anmeldung**

ISSN 1860-8787
Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).